

Don

Dr. Hermann Bachnide, M. d. R.

In tauelnd Kaffertellen ist auf den Ernst und die Notwendigkeiten der Lage hingewiesen, ist bürgerliches Pflichtgefühl, schlichtes Lebensgefühl, Gemeinnützigkeit und Pflanzendigkeit, so wohl worden. Vergebens. Selber zeigt sich, so wenig Staatsbeglückung wie eben heute. Man erdet sich, so es gibt an leisten. Gegen die Steuern wird Sturden gelaufen, es gibt keine Aufgabe, von der das betroffene Gewerbe nicht behauptet, daß sie ihm in der vorgeschlagenen Höhe den Untergang bringe. Lohn- und Gehaltsforderungen nehmen kein Ende. Ist die eine Forderung erfüllt, so taucht eine neue auf und mit ihr die Forderung, daß der Füll, daß die Erfüllung nicht alsbald erfolgt. Die Preise werden weit über das erträgliche Maß gesteigert, zuerst von den Kartellen, zu denen sich nun fast alle Unternehmungen zusammen geschlossen haben, dann von den einzelnen, die die Konjunktur nochmals ausbeuten. Alle Hände greifen nach den blauen und braunen Scheinen, und niemand gibt sich Rücksicht davon, daß jeder neue Reichentumsausweis ein weiterer Schritt zum Vordring ist. Fürwahr, wir stehen bedenklichen Zeiten des Niederraumens gegenüber.

Wie tief der Krieg die Moral herabgedrückt hat, wie appig die Selbstluſt wuchert, das ſieht der Reichstag am deutlichſten. Er ſchwebt den Mittelpunktz, in dem alle Fäden anſammenlaufen. An ihn gelangen unzählige Eingaben aus allen Richtungen der Windroſe, von allen Ständen und Betrüben. Es ſind keine angenehmen, keine erhebenden Gefühle, die den Abgeordneten beſeelen, wenn er viele Bemerkung einer allgemeinen Begehrlichkeit durchkühlt. Wie ein Kampf aller gegen alle ſieht es aus, wie ein Weltrennen zur Staatspreiſe. Der brave Mann, der an ſich ſelbſt zuletzt denkt, iſt ausgeſtorben. Jeder denkt an ſich zuerſt und kümmert ſich nicht um die Folgen für das Ganze.

Leblich hielt es mit einer Frage, die mehr und mehr zur Kernfrage der Wirtschaftspolitik wird. Der Achtländertag war in der Form, wie er im November 1918 verfaßt wurde, eine Ueberrellung. Die Schablone paßte nicht für das vielfältige Leben. Die Großindustrie will anders behandelt sein als das Handwerk, das Handwerk anders als die Landwirtschaft. Tadelnlich ist dann auch das Paragrafenwerkzeug der Praxis gelehrt. Durchführungen aller Art haben stattgefunden und mußten stattfinden, wenn der Eigenart der einzelnen Berufe Gönge gesehen sollte. Der tadelnlichen Entwidlung will die Regierung folgen und schlägt deshalb einen Gelebenswurf vor, der zwar grundsätzlioh an der täglichen Beschäftigungsdauer von acht Stunden feilt, aber doch Ausnahmen für besondere Fälle zuläßt. Die bielebenigen Interessen feilte W und eine Beratung. Außerdem sollen Spielregeln für die Ehemänn, die Hoff, die Schiffahrt usw. erlassen werden, die auch hier mit dem harten Eßtem brechen und die Möglichkeit der Anpoffung an die Schlußföhr der Praxis, bieten.

Einmalen muß gegenüber den bescheidenden Vorklagen
Artill am Blase sein. Im ganzen bezogen sie sich in der
durch die Verhältnisse gewiesenen Richtung. Von Deutschland
werden Zahlungen gefordert, die es nur leisten kann, wenn
es die Produktion vermehrt. Die Ausfuhr muß gesteigert
werden; dann können Gegenwerte herein, mittels deren wir
Rohstoffe in größerem Umfange kaufen und die Unter-
nehmungen erweitern können. Dazu aber ist in vielen Fällen
eine Ausdehnung der Arbeitszeit erforderlich. Für die aller-
anstrengendsten Tätigkeiten sind acht Stunden schon zu wenig,
für andere aber sind es zu wenig. Und wo acht Stunden be-
behalten werden, ist ihre bessere Ausnutzung geboten. Das
gilt für die Werkstatt ganz ebenso wie für das Kontor und
für die Amtsstube. Wirklicher Mitarbeiter soll nicht veran-
schlagen. Bleich oder haben ihn Arbeitsgenossen ein-
geschlagen, die nicht länger gebauet werden dürfen. Es wäre
schlimm, wenn man neuen mit Bleich wenn er nicht die Kraft
besäße, die man zu haben will. Das sollte in allen be-
stehenden Anstalten durchzuführen werden.

Leider stoßen die Bemühungen der Regierung zum Teil auf sahen, ja erbitterten Widerstand. Der Achtstundenlohn wird von manchen Arbeitern als Beschnittung betrachtet, an das nicht gerührt werden dürfte. Die Sozialdemokratie erinnert sofort an ihr Parteiprogramm, das die „effektive Befreiung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden und Befreiung von Verträgen mit erhöhter Gefahr für Leben und Gesundheit“ fordert. Herr Minister Grosse mußte die Verhandlungen mit den Betriebsräten im Eisenbahnbetrieb befristungen abbrechen und sich mit seinem Entwurf unmittelbar an die Öffentlichkeit wenden. Und doch ist gerade in der Eisenbahnverwaltung der Unterschied zwischen Dienstbereitschaft und Arbeitsleistung mit Händen greifbar. Auch im Sommer und in der Sommerzeit wollen die Arbeiter über unzureichende Ausnutzung nicht verstimmen, nicht minder in einem Teil der Wohnkultur. Man wird sich also durch Verbündungen, wie die, daß der Achtstundenlohn der einzige Kriegsgewinn des Volkes und als solcher unantastbar sei, nicht abschaffen lassen dürfen, die durch die Forderung gezielte Reformen durchzuführen.

Verlässliche Arbeiter haben sich schon längst bereit erklärt, in dringenden Fällen länger als acht Stunden zu arbeiten, unbeeinträchtigt um die entgegenstehenden Weisungen ihrer Organisationen. Auch in den verantwortungsbewussten Kreisen der Beamtenschaft ist man sich darüber klar, daß

die eingegriffenen Mißbräuche beseitigt werden müssen. Jeder einsichtige Beamte wird es beahnen, daß nicht überall mehr mit der alten Eingebung gearbeitet und die Dienstzeit nicht selten zu Zwecken ausgenutzt wird, die mit dem Dienstinteresse nichts zu tun haben. Die Erkenntnis, daß hier der Buntt, ist, an dem der Sebel angelegt werden muß, dringt, io wollen wir hoffen, in immer weitere Kreise und wird sich auch bei den Verhandlungen im Reichstag geltend machen.

Auch für diesen Zweck ist freilich Zusammenfluß der Parteien, eine Verkörperung der Regierungsbasis nötig. Der **Ant** zur Unpopularität stellt sich um so leichter ein, je weniger eine Partei zu fürchten hat, daß ihr die andere in den Rücken fällt. Die Verantwortung muß von allen Parteien der Mitte gleichmäßig übernommen werden, dann läßt sie sich tragen, selbst wenn der eine oder andere Verbandsführer sie ablehnen sollte. Zuletzt hat doch auch niemand erinnert werden, daß die Reichsregierung, die eine große Cliqualität der Bestimmungen über die Arbeitszeit verlangt, sozialdemokratische Minister sitzen. So dürfen wir hoffen, daß wenigstens auf diesem Gebiet Staatsnotwendigkeiten begriffen und beachtet werden.

Neue Dokumente zur Schuld am Kriege.

Die Anfrügender gegen Voincare, der eigentliche Sieger aus Weltfriede gewesen zu sein, hat mehr von französischer Seite; der Leutnant Goutenouire de Lourn erhob sie auf Grund der Briefe des russischen Botschafters in Paris Juwifski. Voincare antwortete und betonte, stets friedfertigkeig gezeigt zu haben. Dann brachten das russische Drangebuch des Gesellschaftsleiters aus Siebert und die Dokumentenannahme des russischen Professors Boltzowski die Alten aus den russischen Archiven aus Licht, die die Schuld Voincares bewiesen. Die Berichte waren jedoch lüdenhaft. Neue Durchforschungen förderten weiteres Material, zeigte, das Voincare ein Verräter und ein Verräter war, das Voincare ein Verräter war. Das Tagesblatt eine Unzahl Briefe Juwifski im Vorblatt mit, die einwandfrei darlegen, das Juwifski und Voincare jahrelang den Weltfriede vorbereitet haben. Es handelt sich um Verichte Juwifski aus den Jahren 1912-14; in einem Bericht vom 5. Dezember 1912 heißt es:

„Poincaré hat die englische Regierung darauf hingewiesen, daß die Unterschrift Englands unter den Neutralitätsvertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen sofort ein Ende bereiten würde.“

Untern 18. Dezember 1912 berichtet Iwowski, das Telegramm des russischen Generalstabes, nach dem die der österreichischen Kämpfern einen rein defensiven Charakter beimeile, und nach dem Rußland selbst im unwahrscheinlichen Falle eines österreichischen Ueberfalls auf Serbien nicht Krieg führen werde, habe Voinare und alle französischen Minister in die größte Bestürzung verlegt. In demselben Bericht heißt es:

„Ich bemühe mich, die für uns wünschenswerte Stimmung in Regierungs- und politischen Kreisen aufrechtzuhalten, und veruche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. Wie Ihnen bekannt ist, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung von Subsidien; die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt.“

Um 29. Januar 1913, kurz nach der Wahl Poincaré zum Präsidenten der Republik, berichtigte Iswolski über eine lange Unterbrechung mit Poincaré, der gerührt habe, er werde nicht verschmähen, sich des ihm zuteilgehenden direkten Einflusses auf die französische Außenpolitik zu bedienen, um die Unveränderlichkeit einer auf dem engen Bündnis mit Rußland aufzuhebenden Politik sicherzustellen. Es heißt dann:

„Es ist der französischen Regierung von äußerster Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung auf die Beteiligung Frankreichs an einem durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen Krieg vorzubereiten. Daher möge England keinerlei Einzelhandlungen unternehmen, die einen solchen Krieg ohne vorausgegangenen Meinungsaustausch mit Frankreich hervorrufen könnten.“

In einem Briefe Iwofskis an Slesonow vom 30. Januar 1913 wird bemerkt, Poincare halte sich bis zur endgültigen Übernahme der Präsidentschaft täglich im Ministerium des Aeußern auf, und sein Nachfolger Tonnart treffe ohne sein Wissen und Einverständnis keinerlei Anordnungen. Aus seinen langen Unterredungen mit beiden Staatsmännern habe er, Iwofski, folgenden Schluß gezogen:

[illegible]

In seinem Commentar zu diesen Affenstücken bemerkt das Berliner Logeblatt: Als Boineaire die höchste Stufe im Staat erreicht hat, sieht er von dieser Höhe den kommenden Frieden als etwas Selbstverständliches an. Er träumt sich nicht gegen diesen Gedanken: er ist fälschlich und wünscht und verlangt von Ausland nicht etwa eine Friedenspolitik, sondern nur, daß man ihn rechtseilig in's Auge treibe. Er begründet diesen Wunsch nicht mit der Hoffnung, das Unheil noch abzuwenden, sondern lediglich damit, daß er sonst das französische Volk nicht auf die Teilnahme am Frieden vorbereiten kann.

Paris, 2. Jan. Bei dem geistigen Neujahrsempfang des diplomatischen Korps durch den Präsidenten der Republik Mitterand hielt Runtius Monsignor Ceretti als Donen eine Ansprache, in der er den Präsidenten der lokalen Vorkarbeit des diplomatischen Korps bei allen Bemühungen zur völligen Wiederherstellung des Weltfriedens versichert. Präsident Mitterand antwortete u. a.:

Zu Beginn des neuen Jahres ist derjenige Wunsch auf allen Lippen, daß es den vollkommnen Frieden bringe, daß es die Lagen wieder gut mache, daß es selbst die Spuren eines langen und grauen Krieges austilche und daß die selbsten Wunsch die Herzen aller Völker befehle. Ihre übereinstimmende Wille ist unerlässlich, um den Frieden zu verwirklichen. Diesen Wünschen schließt sich die Regierung der Republik an. Frankreich wird alles thun, um die Neuordnung der Dinge, wie sie aus dem Vertrage (!) hervorgegangen ist, zu festigen.

Brüand erklärt im Sprechsaal die Forderung für ausstehende Reparationen gegenüber den Sieger- und deutschen Schuld. Mit seinen Reden dürfte die von Frankreich zu fordernde Summe in Geld oder in Sachleistungen herabgesetzt werden. In Sachen des Wiederaufbaues Europas seien die Grundlagen der Zusammenarbeit mit Deutschland bedroht worden. Brüand soll nach dem Bericht der Reichsregierung erklärt haben, wenn Deutschland nicht able, würde die Welt in fünfzig Jahren zu einem riesigen Friedhof werden. Bei der Verabreichung der deutschen Schuld (die Zahlung von 500 Millionen Goldmark sei in Debatte gewesen) sei formell nach dem Willen ihm und Kuno Georze abgemacht worden, daß der Anteil Frankreichs für 1922 keine Wundierung erlaube. Was Comes an der Spitze der französischen Reparationskommission an der Pariser Konferenz, Sentinier, erklärte, wurde von Brüand als „unvollständig“ bezeichnet.

Briand erklärte weiter, eine Schuld, die durch Vertrag festgelegt worden sei, könne weder ausgelöst noch in irgendeiner Form vermindert werden ohne Einkerkändnis aller Unterzeichner, aber zuerst der Gläubiger und der Länder, die von den Zahlungen Nutzen zu ziehen hätten.

Auf Anfrage sagte Briand, die Reparationsfrage solle auf die europäischen Mächte, Lausanne, nicht behandelt werden. Ein Schwierigkeiten wegen Anatoliens beständen zwischen Frankreich und England.

Von der Pariser Wirtschaftskonferenz

Die „Chicago Tribune“ meldet, daß die Vertreter Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens auf der Pariser Wirtschaftskonferenz den schon gemeldeten englischen Plänen für den Wiederaufbau Europas grundsätzlich angenommen hätten. Dagegen, der bereits in London von dem Projekt Kenntnis genommen hatte, befürwortete es, indem er festsetzte drei Gesichtspunkte hervor:

1. Reorganisation der Eisenbahnen und anderen Transportmitteln;
2. Gesetzgebung, die geeignet ist, die festgestellten Geier und die soziale Ordnung beizubehalten und, besonders wo Rußland anlangt, Anerkennung seiner Schulden den Verbündeten gegenüber;

3. Schaffung einer neuen Münze auf Goldbasis für die Staaten Ost- und Mitteleuropas, deren Papiergeld besonders entwertet ist; in erster Linie für Deutschland, Österreich und Ungarn.

Ferner wurde von der Konferenz der Gedanke einer
 Kriechenleihe in Hund Sterling eingehend geprüft. Die
 verschiedenen Nationen sollen aufgefordert werden, sich an
 Maßgabe ihrer Wirtschaftskraft an der Anleihe zu betheiligen,
 wobei die Regierungen eine gewisse Garantie leisten
 sollen. Wenn man Vortheile glauben darf, soll bereits ein
 vollständiges Einverständnis erzielt worden sein, ausgenommen

Dr. Rathenau, der die Einzelheiten des Projekts kennen soll erklärt haben, daß Deutschland es annehmen werde, und andererseits habe Rassin versichert, daß die Sowjets ebenfalls ihre Zustimmung geben werden.

[illegible]

DFG